

Du Tarzan, ich Jane!?

Tarzan, so nennt man in Brüsseler Kreisen den belgischen Außenminister Louis Michel, bekannt ob seiner undiplomatisch bestimmten Ansichten und starken Aussprüchen zu internationalen Fragen. Soll Luxemburg diesem Beispiel in seiner Außenpolitik folgen? fragte einleitend Moderator Denis Scuto beim Montagsforum der LSAP über Außenpolitik¹. Soll, kann Luxemburg draußen in der Welt dezidierter auftreten, und was kann es dabei bewirken?

Ein Bericht von Ben Fayot

Ein außenpolitischer Zwerg

Was Belgien kann, steht Luxemburg nicht unbedingt gut zu Gesicht. Denn sogar verglichen mit Belgien ist Luxemburg immerhin außenpolitisch ein Zwerg. In der von Gilbert Trausch dargestellten geschichtlichen Perspektive war Luxemburg noch in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein internationales *Nobody*, das sich nach dem zweiten Weltkrieg dank der europäischen Integration zu einem draußen in der Welt einigermaßen wahrgenommenen Land gemauert hat. Seiner Grenzen müsse das Land sich dennoch bewusst bleiben.

Dies wollen allerdings immer mehr Menschen auch in Luxemburg nicht so recht wahrhaben. Der volle Saal im Bettemburger Schloss ebenso wie die öffentlichen Manifestationen der letzten Wochen sind Beweise für das wachsende Interesse der Öffentlichkeit an den Vorgängen draußen in der Welt. Wer den Krieg Israels gegen Palästina verfolgt, wer sich gegen die Auswüchse der Globalisierung und die Armut in der Welt engagiert, den überkommt ein Gefühl der Ohnmacht und der Wunsch nach klareren Worten der nationalen und der europäischen Politik.

Daher bezeichnete LSAP-Organisationssekretär Dan Kersch im Zusammenhang mit der tragischen Aktualität im Nahen Osten die europäische Außenpolitik als "desolat". Immer zahlreicher sind jene Bürger, die erkennen, dass Außen- und Europapolitik zugleich Innenpolitik ist, wie Pascal Husting von *Greenpeace* unterstrich. Europa habe keine Entschuldigung, wenn es sich die Mittel einer dauerhaften Entwicklung nicht selbst gibt und immer wieder mit dem Finger auf die Verantwortung der USA zeigt. Denn die europäische Wirtschaft, und damit auch die

Luxemburger, deren Produkte zu fast 90% im Binnenmarkt zirkulieren, habe die Mittel in der Hand, aus eigener Kraft eine verantwortungsvolle Politik für die kommenden Generationen zu gestalten, so der *Greenpeace*-Aktivist.

Kohärenz und Glaubwürdigkeit

Kohärenz und Glaubwürdigkeit einer Außenpolitik sind nicht durch hehre Sprüche und markige Erklärungen herzustellen. Es bedürfe da vor allem einer permanenten Übereinstimmung der proklamierten Werte und der politischen Praxis, betonte Dritt-Welt-Aktivist Marc Elvinger. Wie stark ist z.B. Luxemburg daran interessiert, Vorstellungen über den Welthandel in die EU einzubringen und zu beeinflussen und sein eigenes Handeln nach diesen Vorstellungen zu gestalten? Hat Luxemburg überhaupt eine Außenhandelspolitik?

¹ Am Montag, den 8. April 2002 im Bettemburger Schloss, moderiert von Denis Scuto, eingeleitet von Dan Kersch, mit dem Historiker Gilbert Trausch, dem Botschafter und ständigen Vertreter Luxemburgs bei der EU Nicolas Schmit, dem Anwalt und ASTM-Vertreter Marc Elvinger und dem *Greenpeace*-Direktor Pascal Husting.

Außenministerin und Premierminister auf dem EU-Gipfel in Barcelona
(Photo: SIP)





Premierminister
Jean-Claude Juncker
auf den Cap Verden
(Photo: SIP)

Dass der Einfluss Luxemburgs in der WHO via die EU-Handelspolitik schwer einzuschätzen ist, weiß Botschafter Nico Schmit. Aber, so betonte der ständige Vertreter Luxemburgs in Brüssel, Luxemburg ist ein Verfechter einer geregelten Liberalisierung, mit Umweltstandards, mit arbeitsrechtlichen Normen und mit einem für die Entwicklungsländer annehmbaren Außenhandel. Solche Zielsetzungen finden sich in der europäischen Position in Doha wieder, weil eben auch andere EU-Länder auf dieser Linie sind.

Denn dies, so der Luxemburger Diplomat, sei eine Konstante der großherzoglichen Außenpolitik: eine solche ist nur möglich dank der europäischen Integration. Europa, so Gilbert Trausch, hat Luxemburg außenpolitisch emanzipiert. Die EU ist eine internationale Macht, zwar noch etwas schwächlich, nicht immer einig unter sich, aber wirtschaftlich stark und daher politisch nicht ohne Gewicht.

Mit dem Einstieg zahlreicher Bürger in die außenpolitische Diskussion entsteht Druck auf die nationale Politik. Für Verbände wie *Greenpeace*, die die internationalen Zusammenhänge im Klimaschutz aufzeigen, oder wie die NRO in der Entwicklungspolitik ist es wichtig, dass ihre Regierungen oder ihre Politiker, mit denen sie zu Hause verhandeln, glaubwürdig sind, indem sie im Einklang mit den draußen verkündeten hohen Prinzipien handeln.

Da kann man doch, regte Pascal Husting sich auf, die verantwortungsvolle Klimaschutzpoli-

tik Luxemburgs mit dem Engagement aus dem Jahre 1996, die CO₂-Emissionen um 28% herabzufahren, nicht als Pol-Pot-Politik beschimpfen, wie dies Wirtschaftsminister Grethen vor kurzem tat! Und von der Nischenpolitik des Großherzogtums müsse man reden, die unser Land im Ausland in manch schiefem Licht erscheinen lasse!

Marc Elvinger erinnerte seinerseits an die Schokoladen-Direktive, im Europaparlament mit knapper Mehrheit auch dank Luxemburger Abgeordneter angenommen, die die *Terms of trade* für Kakaobauern aus den Entwicklungsländern dramatisch verändert.

Wenn man dann näher an die EU heranrückt, kommt man auf den Balkan zu sprechen, auf die Luxemburger Flüchtlingspolitik. In Luxemburg gibt es zur Zeit noch etwa 2500 Montenegriner. Montenegro ist heute eigentlich kein gefährliches Land mehr, in das man nicht zurückkehren dürfte. Aber Montenegro ist arm, hat 60% Arbeitslose. Ob denn die Flüchtlingspolitik vollständig von der Entwicklungspolitik getrennt werden und davon Abstand nehmen könne, wohin man die Flüchtlinge zurückschickt, fragte Marc Elvinger.

Man sieht, wie hier die Themen des Ressourcenschutzes, der Einwanderung, der Asyl- und Flüchtlingsproblematik, der Entwicklungspolitik in die klassische Außenpolitik einfließen. Sicherlich wird eine europäische Außenpolitik - und das macht sie so schwierig - nicht daran vorbeikommen, die Prinzipien der Solidarität, des Klimaschutzes, des Kampfes gegen die Armut, der dauerhaften Entwicklung zu integrieren und aufeinander abzustimmen. Der Ruf nach Kohärenz und Glaubwürdigkeit geht um.

Das Gewicht Luxemburgs nutzen

Bei all diesen Anforderungen der Bürger darf nicht vergessen werden, was trotzdem erreicht wurde. Luxemburg hat dank seiner Erfahrung mit Europa, seiner Erfolge bei seinen Ratsvorsitzen und beim Verhandeln der Verträge ein Gewicht erlangt, das es bei der Suche nach solidarischen Kompromissen einsetzen soll, so Botschafter Schmit. Luxemburg ist heute ein Land mit Visibilität in der Welt und in Europa, und auch das ist ein politisches Kapital für ein eigenständiges Land.

Wie geht es weiter? Wie dieses politische Kapital einsetzen?

Sicher ist die EU die Hauptkupplung für unseren außenpolitischen Einsatz. Jeder weiß, wie schwer die EU sich in dieser Hinsicht tut. Zuerst die Vielfalt der Entscheidungsträger. Neben der Minister-Troika mit dem Ratspräsidenten gibt es

**Die öffentlichen
Manifestationen
der letzten
Wochen sind
Beweise für das
wachsende
Interesse der
Öffentlichkeit an
den Vorgängen
draußen in
der Welt.**

den Kommissar für Außenangelegenheiten Chris Patten und den hohen Repräsentanten Javier Solana. Und die Außenminister der Großen halten sich nicht zurück, ebenso wenig die Premierminister, wenn es um die Probleme draußen geht.

Sodann die unklaren Entscheidungsstrukturen, die schnelle und klare Entschlüsse meist im diplomatischen Kompromiss verwässern. Und schließlich die noch immer fehlenden Mittel, auch die militärischen, wenn es irgendwo brennt.

Fortschritt ist zu vermerken. Mazedonien und Montenegro sind einstweilen Erfolgsmeldungen der europäischen Diplomatie. Dort hat sie es fertiggebracht, den Bürgerkrieg zu verhindern. In Bosnien-Herzegowina ebenso wie im Kosovo steht noch viel Arbeit bevor.

Im Nahen Osten ist die EU einstweilen draußen vor. Das "Quartett" mit der EU, den USA, Russland und der UNO, das sich dort einmischt, sucht zusammen mit den arabischen Staaten und den Kriegsparteien nach einem Weg zum Waffenstillstand und zum Frieden. Die extreme Tragik und Komplexität sollten uns davor hüten, die Unfähigkeit der EU zu schnell anzuprangern.

Aber dies alles verhindert nicht, dass die öffentliche Meinung in Europa ziemlich einhellig der Meinung ist - über alle politischen Grenzen hinweg -, dass die EU sich endlich die Mittel und den Willen geben muss, draußen in der Welt für voll genommen zu werden. Dies ist schon ein klares Fazit nach den zwei ersten Sitzungen im Konvent über die Zukunft Europas.

Unsere Außenpolitik darf allerdings nicht darin aufgehen, dass wir immer schön brav im *Mainstream* mitschwimmen. "Tarzan" Louis Michel hat wohl verstanden, dass auch ein kleines Land mehr als dies tun kann und soll. Wenn der holländische Premier Wim Kok wegen Srebrenica seinen Hut nimmt, dann ist das ein außenpolitischer Akt ersten Ranges seitens eines kleineren Landes, der auf die Verantwortung auch solcher Länder hinweist. Hierzulande nimmt Premier Junker mehr Initiativen im Ausland als die klassische Diplomatie. Es ist sicher einem Luxemburger Außenminister nicht verboten, auch außerhalb der Ratsvorsitze im täglichen Geschäft der Außenpolitik eigene Initiativen zu ergreifen und forscher aufzutreten, als man dies gewöhnlich tut. Nicht um, wie Tarzan, ein schreckliches Geheul von sich zu geben und sich so in der Welt bemerkbar zu machen.

Und vor allem: was, in der Tat, verhindert unsere Regierung, angesichts der schrecklichen Arbeitslosigkeit in Montenegro ein Zeichen zu setzen und den 2500 jungen Montenegrinern,

die hierzulande weilen und auf ihre Abschiebung warten, eine Chance in Luxemburg zu geben? Außenpolitik, Flüchtlingspolitik, Entwicklungspolitik in einem Guss! Mit anderen Worten: es muss nicht immer eine Erklärung sein, Taten genügen.

Die Erweiterung der EU

Recht wenig wurde über die Erweiterung gesprochen. Die Luxemburger sind ja da eher zurückhaltend, hätten - so Denis Scuto - eine Reihe von Vorurteilen gegenüber diesen Ländern Osteuropas, Länder, die wir ja fast nicht kennen. Es muss den Luxemburgern erklärt werden, dass diese Erweiterung für die Stabilität Europas unentbehrlich ist. Angesichts der Vorbehalte so mancher Luxemburger sollte unsere Regierung sich klarer für diesen Akt der Solidarität einsetzen, z.B. eine Sensibilisierungskampagne starten. "Die Erweiterung ist eine mutige Antwort auf eine große Herausforderung", so Botschafter Nico Schmit. Die Herausforderung, das ist nicht mehr und nicht weniger als die Stabilität in Osteuropa, die Festigung der Demokratie in Ländern, die dabei sind, demokratische Gesellschaften aufzubauen. Die Gefahren sind nicht zu übersehen. Extremismus, Nationalismus, Fanatismus schwelen auch dort in einigen Ländern unter einer vorläufig noch neuen Fassade von Demokratie. Um diesen Gefahren zu begegnen, muss es gelingen, Wohlstand zu mehren, Perspektiven auf Entwicklung und Arbeitsplätze zu schaffen.

Dies wird nicht ohne Opfer auch unsererseits vonstatten gehen. Ob die Finanzierungsmöglichkeiten der EU dazu reichen, ist nicht gewiss. Doch die meisten Geldgeber der EU halten sich entweder diskret zurück oder winken energisch ab. Die Einwanderung aus Drittländern muss Gegenstand solidarischer Abmachungen werden. Ein wilder Zustrom aus den Beitrittsländern ist nicht zu erwarten, wenn es gelingt, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Ländern selbst voranzutreiben.

Luxemburg, die Globalisierung, der 11. September und Amerika

Die Verteidigungspolitik wurde ebenso wenig angesprochen. Sie verdient sicher einen Abend für sich. Denn sie stellt viele Fragen, z.B. ob eine europäische Außenpolitik nur als "soft power" ohne Mittel der militärischen Krisenprävention und Krisenbewältigung möglich sein wird, wie das der Friedensbewegung vorschwebt. Der Ausbruch von Fanatismus und Intoleranz auf dem Balkan hat gezeigt, dass Hass und Gewalt eben nur mit einer festen Hand aufzuhalten sind.

Sicherlich wird eine europäische Außenpolitik - und das macht sie so schwierig - nicht daran vorbeikommen, die Prinzipien der Solidarität, des Klimaschutzes, des Kampfes gegen die Armut, der dauerhaften Entwicklung zu integrieren und aufeinander abzustimmen.



Premierminister
Jean-Claude Juncker
mit dem chinesischen
Premier Rongji in Peking
(Photo: SIP)

**Was
hindert unsere
Regierung,
angesichts der
schrecklichen
Arbeitslosigkeit
in Montenegro
ein Zeichen zu
setzen und den
2500 jungen
Montenegrinern,
die hierzulande
weilen und auf
ihre Abschie-
bung warten,
eine Chance in
Luxemburg zu
geben? Außen-
politik,
Flüchtlings-
politik, Entwick-
lungspolitik in
einem Guss!**

Die Globalisierung wurde ebenfalls nur kurz erwähnt. Es sind nicht nur die ATTAC-Aktivist*innen, die sich damit auseinandersetzen. Wer das rezente Buch von Joseph E. Stiglitz² gelesen hat, erkennt, wie die Fragen der Weltregierung und der Weltregelung die Menschen heute umtreiben. Wie eng die Stabilität unserer eigenen Wirtschaft gesichert, die Armut in der dritten Welt bekämpft und der Umweltschutz weltweit aktiviert werden können, hängt auch von der "Gouvernance" auf Weltebene ab. Luxemburg wird dabei immer kleiner. Aber dennoch bleibt es ein Teil des Ganzen, und als solcher nicht ohne Einfluss.

Jeder, der Politik mit Menschen aus anderen Ländern gemacht hat, erkennt sehr schnell, wie sein Land, ob klein oder groß, draußen ankommt. Und dies hängt eben von der Kohärenz und der Glaubwürdigkeit seiner Politik im Innern wie draußen ab. Es ist wichtig, dass wir fast 0,8% unseres BIP für Entwicklungshilfe bereitstellen. Es ist noch wichtiger, wie unser politisches Handeln insgesamt diese Solidarität ausstrahlt.

Die rezenten Turbulenzen, denen Luxemburg sich international im Zusammenhang mit der Krawowetz-Affäre, dem Montebourg-Bericht, den Anforderungen nach Transparenz auf dem Finanzplatz und zur Bekämpfung der Finanzkriminalität ausgesetzt sah, haben bei manchen die Frage nach der sogenannten Nischenpolitik aufgeworfen.

Noch muss man dieses Thema objektiv angehen. Luxemburg selbst ist eine Nische. Unsere Wirtschaft hat seit jeher Nischencharakter, ob im Zollverein im 19. Jahrhundert oder in der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion im 20. Jahrhundert. Wer daraus entkommen will, muss sich einen radikalen Neuanfang einfallen lassen!

Überschattet wird das Ganze vom Terror des 11. Septembers und der Kriegserklärung des US-Präsidenten Bush an die "Achse des Bösen".

Luxemburg ist traditionell ein sehr amerikafreundliches Land. Hier wird selten Kritik an den USA geübt. George W. Bush genoss allerdings von Anfang seiner Amtszeit an wenig Sympathien in den fortschrittlichen Kreisen unseres Landes. Die Schwarzweißmalerei der "Achse des Bösen", die massive militärische Aufrüstung der USA, der Imperialismus dieses Landes lassen nichts Gutes ahnen. Erstmals wurden diese Themen in der außenpolitischen Debatte im März dieses Jahres in der Abgeordnetenkammer thematisiert, allerdings wieder unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit.

Und noch ist in aller Erinnerung, wie der Premierminister nach seiner Reise in die USA zur exakt derselben Zeit vor die Presse trat, als die Außenministerin in der Kammer ihre Erklärung abgab! Ein Bild, das zeigt, wie sehr es sich um Einzelshows handelt und wie wenig um in sich schlüssige Regierungspositionen. Vor allem auch, wie gering man den Beitrag der Volksvertreter achtet.

Außenpolitik und Demokratie

Die Europäische Union und allgemein die Öffnung nach draußen stoßen bei manchen auf Widerstand, weil sie die Nähe des Lokalen, des Regionalen oder des Nationalen vorziehen.

Daher die wichtige Frage der demokratischen Auseinandersetzung um die Außenpolitik. Wenige Volksvertreter sind an der Außenpolitik interessiert, die Ränge im Hohen Haus lichten sich meist, wenn die Rede vom Ausland geht. Außenpolitische Auseinandersetzungen sind, im Vergleich zu Renten und Index, keine Massenveranstaltungen. Sowieso läuft vieles an der Abgeordnetenkammervorbei.³ Andererseits, wenn Innen- und Außenpolitik immer mehr ineinander fließen, wird der Horizont aller Politiker sich öffnen müssen.

Denn in der Gesellschaft werden jene Bürger immer zahlreicher, die auf die Bilder und Nachrichten der Medien reagieren, die ihren eigenen Wohlstand mit Solidarität verbinden wollen und von der Politik dafür mehr Engagement verlangen.

Ben Fayot

Der Autor ist LSAP-Abgeordneter und Mitglied der außenpolitischen Kommission des Parlaments.

² Joseph E. Stiglitz, *La Grande Désillusion*, Fayard, 2002.

³ Eine Bemerkung muss ich hier loswerden: Wenn die Abgeordnetenkammer über Außenpolitik redet, mit ausländischen Gästen spricht, sich Meinungen bildet, ist es immer nachher die Außenministerin, die von den Bildschirmen her die Stellung ... der Regierung darlegt. Der institutionelle Mischmasch in den Köpfen mancher Journalisten!